

Danziger Zeitung.

Nr. 18505.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Sept. (Privattelegramm.) Hiesigen Morgenblättern zufolge hörten die Kaiser Wilhelm und Franz Josef und der König von Sachsen im Schloß Rohnstock vorgestern Abend telephonisch eine Aufführung der „Hugenotten“ im Berliner Opernhause an. Der Versuch gelang sehr gut, namentlich waren die Stimmen der Sängerrinnen gut vernehmbar.

— Gestern erschöpfte sich der als Sportsman bekannte Graf Schleinitz in einem hiesigen Hotel-unglückliche Speculationen und hohe Rennwetten haben den finanziellen Ruin desselben hervorgerufen und dadurch den Selbstmord veranlaßt.

— Die Kaiserin hat sich bereit erklärt, die von Breslau ausgehende Spende entgegenzunehmen, welche bestimmt ist, ärmeren Müttern die Sorge für ihre Kinder zu erleichtern.

— Aus Wilna wird gemeldet: Die Fürstin Hohenlohe parzelliert ihren umfassenden Gütercomplex, den sie vom Fürsten Wittgenstein geerbt hat; die Güter in Podolien sind bereits größtentheils vergeben.

Berlin, 19. Sept. (W. Z.) Heute früh 4 Uhr wurde in der ersten Etage eines herrschaftlichen Hauses in der Friedrichstraße Feuer entdeckt, dessen Ursache noch unaufgeklärt ist. Ein Dienstmädchen und zwei Kinder des Hausbesizers sind verbrannt, ein drittes Kind ist derartig verletzt, daß sein Zustand fast hoffnungslos ist.

Dublin, 19. September. (Privattelegramm.) Die verhafteten Abgeordneten Dillon und O'Brien sind gegen Caution freigelassen worden.

Washington, 19. Septbr. (Privattelegramm.) In einer Konferenz von Mitgliedern des Repräsentantenhauses über die Tarifbill wurde das Amendement des Senats angenommen, welches das Princip der Gegenseitigkeit begünstigt. Die Mitglieder des Senats haben das Amendement betreffend die Erhöhung des Zolles auf Wein und Spirituosen aufgegeben.

Newyork, 19. Sept. (Privattelegramm.) Gestern schlug der Blitz in das Telephongebäude in Jersey City ein. Das mächtige Gebäude gerieth sofort in Brand; 15 Damen konnten nur mühsam durch die Feuerwehre gerettet werden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. September.

Zur Kaiserbegegnung in Schleien

wird von dem Wolff'schen Bureau von gestern Abend noch telegraphirt:

Der Kaiser machte heute Abend um 7 Uhr mit einem Zucker-Biergespann eine Spaziersfahrt über Hohenfriedberg und Hausdorf nach Bönrichen. Nach der Rückkehr des Kaisers begann um 8 Uhr das Diner.

Auch der Pariser, der französischen Regierung nahestehende „Temps“ beschäftigt sich mit der Kaiserentrevue in Rohnstock und sagt, dieselbe beseitige neuerdings die engen Bande, welche Deutschland und Oesterreich verknüpfen. Das Blatt hebt ferner hervor, daß die Unveränderlichkeit der freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten thatsächlich eine der Hauptpunkte der internationalen Politik sei.

Heute geht die Entrevue zu Ende, worüber folgende Depesche vorliegt:

Rohnstock, 19. Sept. (W. Z.) Heute erfolgt ein kurzes Schlafmanöver. Die Majestäten begeben sich von dem Manöverfelde nach Clegitz, wo um 1 Uhr das Dejeuner stattfindet. Um 2¼ Uhr reist der österreichische Kaiser nach Wien, um 3 Uhr reist Kaiser Wilhelm ab.

Die Sklaverei in Ostafrika.

Seit Sultan Said Bargash ist auf dem Gebiet des Sultanats Zanzibar der gewerbsmäßige Handel mit Sklaven unter Androhung einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und darauf folgender Verbannung verboten; dagegen blieb es erlaubt, daß ein Sklave aus dem Eigenthum seines Herrn in dasjenige eines anderen durch Kauf, Schenkung, Tausch, desgleichen durch leihwillige Verfügung oder im Wege der Intestatsfolge überging. An diesem Rechtszustand ist bislang seitens der deutschen Verwaltung im Küstengebiet nichts geändert worden; dagegen hat Sultan Seyyid Ali durch Decret vom 1. August d. J. bestimmt, daß fernerhin jede Veräußerung eines Sklaven bei Strafe verboten sei und nur noch durch Vererbung an Descendenten das Eigenthum an einem Sklaven übertragen werden könne. Wie tief diese Verfügung bei wirklicher Durchführung in die Lebensverhältnisse der ganzen Bevölkerung einschneiden würde, mag daraus entnommen werden, daß die Sklaven zum großen Theil auch selbst wieder Sklaven besitzen, denen gegenüber sie dieselben Rechte haben, wie ein freier Mann über seine Sklaven. Ferner ist es sowohl in Zanzibar, wie an der Küste üblich, daß die auf einem ländlichen Grundstück beschäftigten Sklaven als zu demselben gehörig betrachtet und mit ihm zusammen verkauft werden; das Verbot des Sklavenverkaufs würde daher mit der plötzlichen Entwerthung des Grundeigenthums auf der Insel um etwa 50 v. H. gleichbedeutend sein, und die Ander, welche gegen

Verpfändung der Sklaven Vorschüsse gegeben haben, gingen der Sicherheit für ihre Schuldforderungen verlustig. Diese neuerlichen Bestimmungen haben denn auch auf der Insel Zanzibar eine so große Aufregung hervorgerufen, daß sie bis jetzt nicht zur Durchführung gelangen konnten, der Sultan sich vielmehr genöthigt gesehen hat, durch Decret vom 9. August dieses Jahres seine frühere Anordnung in einzelnen Punkten zu ändern.

Decrete des Sultans von Zanzibar erlangen — so schreibt der „Reichsanz.“ in dem in unserer heutigen Morgenzeitung bereits telegraphisch kurz erwähnten Artikel — für das unter deutscher Gewalt stehende Küstengebiet keine Geltung; die deutsche Regierung nahm jedoch ihrerseits in Erwägung, ob es angezeigt sei, auch für jenes Gebiet schon jetzt bezüglich der häuslichen Sklaverei ähnliche Bestimmungen zu treffen, wie sie das Decret des Sultans vom 1. August enthält. In Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des Generalconsuls in Zanzibar und des stellvertretenden Reichscommissars ist diese Frage aus dem Grunde verneint worden, weil es bedenklich erschien, nachdem eben Ruhe und Ordnung wiederhergestellt war und die Bewohner sich an die neuen Zustände zu gewöhnen anfangen, unvermittelt mit Maßregeln vorzugehen, welche in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung tief eingreifen und darum die Gefahr neuer Aufregungen und Beunruhigungen in sich bergen. Entschlossen, wie bisher nicht nur den Sklavenhandel, sondern auch dem gewerbsmäßigen Sklavenhandel unangenehm und mit allen Mitteln entgegenzutreten, behält sich die deutsche Regierung in voller Uebereinstimmung mit den auf der Brüsseler Konferenz übernommenen Verpflichtungen vor, den Zeitpunkt selbst zu wählen, der ihr für weitere Beschränkungen der herrschenden Sklaverei geeignet erscheint; sie wird, wenn der Zeitpunkt dazu gekommen, die bezüglich der Maßregeln nicht nur anordnen, sondern auch für die strenge Durchführung derselben Sorge tragen.

Der Westen und Osten bei der Steuerreform.

Die Berliner „Polit. Nachr.“ wenden sich gegen die Annahme, daß bei der von Herrn Miguel geplanten Steuerreform nichts anderes beabsichtigt sei, als den Westen und die Großstädte zu Gunsten des Ostens zu belasten, und schreibt: „Die Steuerkraft soll überall gleichmäßig herangezogen werden, und so immer dies bisher nicht der Fall war, wird, gleichviel ob im Westen oder Osten, ob in der Großstadt oder auf dem flachen Lande, eine stärkere Heranziehung zu den Staatslasten geplant. Umgekehrt sollen die minderkräftigen Schultern ohne Rücksicht auf provinzielle oder ähnliche Zugehörigkeit erleichtert werden. Es ist klar, daß da, wo die Steuerkräftigeren und bisher im Vergleich zu der durchschnittlichen Belastung zu niedrig befürdeten Elemente verhältnismäßig zahlreich vertreten sind, mehr Steuererhöhungen zu gewärtigen sind, als anderwärts, während in Orten und Gegenden, welche zur Zeit über das Maß ihrer durchschnittlichen Leistungsfähigkeit belastet sind, die erleichternden Wirkungen der Reform besonders stark sich geltend machen werden. Das ist aber auch eine einfache Forderung der Gerechtigkeit. Wenn dabei den Disproportionen eine für ihre wirtschaftliche Entwicklung wichtige Erleichterung zu Theil würde, so dürften doch diejenigen, welche aus dem wirtschaftlichen Zurückbleiben gewohnheitsmäßig Angriffe gegen die deutsche Wirtschaftspolitik herleiten, am wenigsten daran Anstoß nehmen. Auch vom socialpolitischen Gesichtspunkte könnte es nur erwünscht sein, wenn die Steuerreform zur Hebung derjenigen Landestheile diene, welche jetzt mehr und mehr entvölkert zu werden drohen, während die Großstädte und Industriorte eine übermäßige Anziehungskraft beweisen. Könnte die Steuerreform dazu beitragen, den Zug nach dem Westen durch Hebung der wirtschaftlichen Entwicklung des Ostens etwas einzudämmen, so wäre das eine sicher vom Standpunkte der salus publica nur erwünschte Nebenwirkung.“

Weitere Erleichterung des Schweineeinfuhrverbots.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministers des Innern, nach welcher die Einfuhr lebender Schweine aus Bielefeld nach den Schlachthäusern von Stuttgart und Ulm im Einverständnis mit dem Reichskanzler gestattet wird. Ebenso ist die Einfuhr italienischer Schweine nach eben denselben Schlachthäusern gestattet. Bedingung ist: Transport per Eisenbahn und Einfuhr über Friedrichshafen, wofür die Untersuchung durch den beauftragten Thierarzt geschieht, und die unverzügliche Weiterbeförderung nach den genannten Schlachthäusern, wo die alsbaldige Abschachtung unter polizeilicher Controle vorzunehmen ist.

Das Helgoländer Provisorium.

Die Frage, wie lange das gegenwärtige Provisorium auf Helgoland dauern werde, muß als eine offene bezeichnet werden. Man neigt an kompetenter Stelle der Anschauung zu, daß der Inselbesitzer durch behufs Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse ein längeres Uebergangsstadium gewährt werden müsse. Ein solches ist den Helgoländern auch in der kaiserlichen Proclamation in mehreren Richtungen versprochen, die Regierung der Insel wird auch auf Grund der dort bestehenden Gesetzgebung und unter Schonung der vorhandenen Verwaltungsorganisation geführt. Diese Aufrechterhaltung des status quo auf Helgoland hat zur Folge, daß das einer Colonie ähnliche Verhältniß, in welchem die Insel zu Eng-

land stand, bis auf weiteres fortbauert. Eine allzu rasche Aenderung der bestehenden Zustände würde sehr leicht zu Schwierigkeiten führen und muß deshalb vermieden werden. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß eine Angliederung Helgolands an das deutsche Reich, beziehungsweise an Preußen, für die nächste Zeit nicht in Aussicht genommen ist. Es würde auch, nach den bisher getroffenen Einrichtungen, auf der Insel bestimmen, wenn dieselbe, nachdem sie einen eigenen Gouverneur gehabt hatte und auch jetzt einen solchen in der Person des deutschen Marine-Capitäns J. G. Geiseler erhielt, an irgend eine Gemeinde oder einen Kreis angeschlossen würde. Gesehensvorlagen, welche das letztere Ziel verfolgen, werden denn auch die nächste Parlamentsession wohl nicht beschäftigen.

Aufhebung des Identitätsnachweises.

Infolge einer vom Reichstage im Frühjahr 1888 gegebenen Anregung haben die verbundenen Regierungen Erhebungen darüber angestellt, ob die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Gesteuerdeausfuhr angezeigt sei. Nach der „Arenztg.“ soll das Resultat dieser Erhebungen voraussichtlich dahin führen, daß der Bundesrath die Aufhebung des Identitätsnachweises vorschlagen werde.

Zur Lage in Teffin

gehen der „Wolff. Ztg.“ folgende Meldungen zu: Nachdem die Mitglieder der gepregten teffinischen Regierung vom Bundesrath wegen der von ihnen begehrten Wiedereinführung an den Bundescommissar in Bellinona gewiesen, bei ihrer Rückkehr von dort aber von der Bevölkerung ziemlich kühl empfangen worden sind, ist man hier gespannt, ob der Staatsrathspräsident Respekt seine Abfertigung, die gepregte Regierung wieder einzuführen und für dieselbe vom Bundescommissar Schutz zu begehren, ausführen wird, da dieses Vorgehen möglicherweise Anlaß zu neuen Unruhen geben könnte. Andererseits glaubt man, daß eine Verständigung im Sinne einer aus verschiedenen Parteilagern bestehenden Regierung, welche später der große Rath anerkennen würde, zu erzielen sein wird.

Wolff's Bureau meldet aus Bern vom gestrigen Tage: Der eidgenössische Commissar im Canton Teffin hat das an ihn gestellte Begehren Respekt und der anderen Staatsräthe auf Wiederübernahme der Regierung abgewiesen, bis der Bundesrath darüber Entscheidung getroffen habe. Die Abgewiesenen sind mit der Abfassung einer Declaration beschäftigt.

Ruhestörungen in Lissabon.

In Portugal gestaltet sich die Lage immer kritischer. Gestern Vormittag fanden thätliche Zusammenstöße zwischen einer Volksmenge und der Polizei statt, worüber uns heute folgende Drahtnachrichten zugehen:

Madrid, 19. Sept. (Privattelegramm.) Nach Lissaboner Depeschen finden daselbst seit zwei Tagen Straßenkämpfe statt. Ein englischer Dampfer wurde am Landen verhindert.

Lissabon, 19. September. (Privattelegramm.) Eine Abtheilung Polizisten wurde gestern Abend auf dem Dom Pedro-Platz von einer Volksmenge verhöhnt. Bei dem Versuch, die Ruhestörer festzunehmen, erfolgte ein Zusammenstoß; 42 Personen wurden verhaftet, die Polizisten erwiderten die Steinwürfe mit Revolvergeschüssen. Der Conflict verschlimmerte sich, als Truppen und Municipalgarde den Polizisten zu Hilfe kam. Die Menge flüchtete zum Theil in das Café Martino, wo sich ein zahlreiches Publikum befand. Die Soldaten verfolgten die Flüchtigen hierher und feuerten in das Café, wodurch mehrere Personen verwundet wurden.

Der König hat in Folge dieser bedrohlichen Ereignisse alle auf auswärtigen Missionen abwesenden Mitglieder des Staatsrathes nach Lissabon einberufen. Gestern hatte der König eine Besprechung mit Serpa Pimentel. Der Bildung eines Ministeriums der Verhöhnung scheinen noch Schwierigkeiten entgegen zu stehen.

Das Gerücht, daß anläßlich des gestern zwischen der Polizei und einem Volkshaufen stattgehabten Conflictes der Belagerungszustand verkündet werden solle, bestätigt sich jedoch nicht.

Das holländische Budget.

Das vom Finanzminister den Kammern vorgelegte Budget für das Jahr 1891 stellt für das Ordinarium einen Ueberschuß von 2 Millionen in Aussicht. Die Fehlbeträge der Vorjahre, welche hauptsächlich aus dem Rückkauf der Eisenbahnen und der Abschaffung der Schiffsfahrtsgebühren auf dem Amsterdamer Kanal herrühren, belaufen sich auf 36½ Millionen und sollen durch eine Anleihe gedeckt werden, deren Höhe noch nicht festgesetzt ist.

Ueber die Wahlen in Brasilien

theilt die brasilianische Gesandtschaft in Berlin Folgendes mit: Die allgemeinen Wahlen zur constituirenden Versammlung, welche in Rio de Janeiro am nächsten 15. November zusammenzutreten soll, haben in allen Staaten der neuen Republik Brasilien, wie sie von Anfang an festgesetzt waren, am 15. d. M. stattgefunden. Der Minister des Auswärtigen, Quintino Bocayuva, hat gestern die telegraphische Nachricht hierher gelangen lassen, daß die Wahlen im ganzen Lande in vollkommener Ruhe und Ordnung vor sich gegangen sind, die Regierung eine große Majorität erlangt hat und die durch die Revolution vom 15. November vorigen Jahres eingeführten republikanischen Staatsformen demgemäß in der Volksabstimmung ihre Bestätigung erhalten haben.

Die Berliner brasilianische Gesandtschaft theilt

ferner mit, daß dieses günstige Wahlergebniß ein Steigen der brasilianischen Fonds hervorgerufen hat, sowie, daß sich überall großes Vertrauen für die zukünftige Entwicklung des Landes kund giebt.

Die französischen Herbstmanöver.

In seinem Urtheil über die französischen Herbstmanöver gelangt der Berichterstatter des „Figaro“ zu dem Schluß, daß der französische Soldat hervorragende Eigenschaften entwickelt habe. „Die Artillerie“, bemerkt er, „ist außerordentlich rasch und wohl trainirt. Die Infanterie marschirt bewundernswürdig, was noch als ein sehr beachtenswerter Ausdruck für ihre Leistungen erscheint. Was die Cavallerie anlangt, so fehlt es ihr bloß am — Hufeisen. Sie ist trefflich ausgebildet und voll guten Willens, aber die Pferde! ... Frankreich besitzt das Werkzeug, Europa hat es vor Augen, seine Militärbefehlshaber haben jedoch eine hübsche Probe davon würdigen können. Alles hängt nunmehr von dem Gebrauch desselben ab und von der Hand, die es führen wird.“

Deutschland.

* **Berlin, 18. Septbr.** Von Emin Pascha sind ausführliche Nachrichten entgegengesendet. Er hieß, wie schon gemeldet, die deutsche Flagge in Tabora, nahm Besitz von den Kanonen des Sultans Sikas, welchen er außerdem zwang, zum Ersatz für entworfene Maaren eine beträchtliche Menge Elfenbein und 400 Kinder auszuliefern. In Kurzem wird er am Südbende des Victoria-Nyanza eintreffen.

* **[Der Afrikareisende Hauptmann Rind]** ist von der Grotenburg zu einem ihm befreundeten Herrn in Detmold übergesiedelt. Obwohl sein Aussehen gut ist, leidet er, der „Post“ zufolge, mitunter an äußerst schmerzhaften Nervenzufällen.

* **[Die Freisinnigen und die Kohlenfrage.]** Die „Schlef. Ztg.“ behauptet, daß die freisinnige Presse die Kohlenfrage vollständig todgeschwiegen habe und Anlaß zu nehmen scheine, die Interessenphäre der Herren Kaiser Wilhelm, Emanuel Friedländer u. s. w. zu berühren. Das Blatt scheint keine freisinnigen Zeitungen zu lesen, sonst müßte es wissen, daß von keiner Seite frühzeitig und nachhaltig die Kohlenringe und Kohlenmonopole bekämpft worden sind, als von den Freisinnigen. Zu der Interessenphäre der Herren Mollath u. Gen. gehören in erster Linie die obersteilischen Magnaten, welche ihre Kohlenproduction an jene Herren verkaufen.

* **[Rückkehr der Ausgewiesenen.]** Die Anforderung an die aus Berlin ausgewiesenen gewesenen Socialdemokraten, welche jetzt zurückkehren willens sind, sie möchten ihre Adressen an ein bestimmtes Comité einfinden, wird jetzt mit dem Hinzufügen wiederholt, daß diejenigen, welche aus eigenen Mitteln die Reise nicht bestreiten können, aber der zu veranstaltenden Festlichkeit beiwohnen wollen, sich gleichfalls an das Comité wenden sollen; es wird ihnen ein kleiner Zuschuß in Aussicht gestellt.

* **[Kaffas Denkmal der Kaiser Wilhelm und Friedrich],** welches für Giebichenstein bestimmt ist, wird am 18. Oktober d. J., dem Geburtstag Kaiser Friedrichs, enthüllt werden. Das Denkmal besteht aus einem riesigen Doppel-Relief der beiden Kaiser, das nicht weniger als 9 Fuß im Durchmesser hat und von einem stilisirten Corbeerkranz umrahmt wird. Links davon wird eine weibliche ideale Marmorfigur angebracht, die ihren Arm auf den Rahmen stützend, einen Palmenzweig über die Herrscher breitet. Ein Adler hebt schützend seine Schwingen darüber. Besonders wirksam ist bei diesem eigenartigen Denkmal, das in den Felsen eingelassen wird, die Verknüpfung von Bronze und Marmor.

* **[Hinter der neuen Zeitung „Deutsche Warte“],** welche unbedingt die kaiserliche Politik zu vertreten verspricht, soll (dem „Rhein. Cour.“ zufolge) der bekannte Großindustrielle Freiherr v. Stumm stehen.

* **Kalle a. d. Saale, 18. Sept.** In der heutigen Sitzung des deutschen Bergarbeiter-Congresses wurde der von der Commission ausgearbeitete Statutenentwurf für den Bergarbeiterbund unbeanstandet angenommen. Der Central-Vorstand soll danach aus 13 Personen bestehen und seinen Sitz in Bochum haben.

* **Neuhaus a. d. Elbe, 16. Sept.** Dr. Peters und Oskar Borchert sind gestern Abend einer Einladung aus Neuhaus, der Geburtsstadt des Dr. Peters, folgend, hier eingetroffen. Abends fand zu Ehren der Reisenden ein Banket statt. Später hielt Dr. Peters einen Vortrag.

* **Riel, 18. Sept.** An dem österreichischen Panzerschiff „Aronprinz Erzherzog Rudolf“ sind die Reparaturen beendet; dasselbe hat heute seine erste Probefahrt gemacht.

* **Dresden, 18. Septbr.** Die Handels- und Gewerbeämter äußerte sich zu dem Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsarbeit gutachtlich dahin, daß die Sonn- und Festtagsarbeit für das gesammte Gewerbe durch die Reichsgesetzgebung eine einheitliche Regelung erfahren möge. Die Kammer sprach sich ferner für das Verbot jeder gewerblichen Arbeit an Sonn- und Festtagen aus, welche ohne Schwierigkeit oder Nachtheil an einem Werktag erledigt werden kann oder nur der Vermehrung der Waarenzeugung dient.

* **Coburg, 18. Septbr.** Die „Coburger Zeitung“ tritt in mehreren Zeitungen erwünschten Ansprüchen des Sohnes des Prinzen Leopold von Coburg, des Barons v. Rattenstein, entgegen und constatirt, daß das herzogliche Haus dem erst später legitimirten natürlichen Sohne der verstorbenen Baronin v. Rattenstein gegenüber keinerlei Verpflichtungen habe.

* **Mannheim, 18. Septbr.** In der heutigen Sitzung des Gustav Adolf-Vereins wurde nach

dem Bericht des D. Hagemann (Halle) über die drei für die große Liebesgabe von rund 18 000 Mark vorgeschlagenen Gemeinden Forchheim in Bayern, Ransbach in Galizien und Gierakowitz in Westpreußen in namentlicher Abstimmung der Betrag für Forchheim bestimmt. Die Versammlung beschloß ferner, der Einladung der Stadt Götting, die nächste Jahresversammlung des Vereins dort abzuhalten, Folge zu leisten.

Mannheim, 18. Septbr. Der Großherzog von Baden hat der Hauptversammlung des Gustav Adolf-Vereins auf deren Begrüßungstelegramm die folgende Antwort zugehen lassen:

„Ich danke den verehrten Mitgliedern der 44. Hauptversammlung von Herzen, meiner in so freundlicher Weise und in so warmen Ausdrücken gedacht zu haben. Ich sende Ihnen allen meine treuen Wünsche für fernere erfolgreiche Thätigkeit. Das wolle Gott!“

Mainz, 17. Septbr. Ein gestern Vormittag vor dem Gauthore im Verdachte der Spionage verhafteter Fremder ist gestern Nachmittag wieder auf Antrag der Staatsanwaltschaft entlassen, nachdem festgestellt worden war, daß der Verdacht vollkommen unschuldig und jeder Verdacht der Spionage unbegründet war. Der Verhaftete war der aus Turin gebürtige Italiensche Linien-Infanterie-Offizier Conrad Delasco. Derselbe hatte die Kriegsschule zu Genua besucht und befand sich, ausweislich seiner Papiere, auf einer Reise durch Deutschland und Frankreich.

München, 18. September. Der Minister des Innern, Freiherr v. Tschisch, gestattete die Einfuhr italienischer Schweine nach dem hiesigen Schlachthof gemäß den Vorschriften des Reichs-amts des Innern.

München, 18. September. Die städtischen Behörden treffen besondere Vorbereitungen zur Feier des 90. Geburtstages des Feldmarschalls Grafen Moltke. Die Stadt wird demselben einen silbernen Lorbeerkranz überreichen lassen, auf dessen Blättern die Orte und Daten der Siege des Feldmarschalls eingraviert sind. Der Kranz wird von einer Glückwunschkarte begleitet sein.

München, 18. September. Das Gemeinde-Collegium beschloß heute einstimmig, nochmals die Aufhebung der Viehperrre zu fordern und gegen jene landwirthschaftlichen Vereine Stellung zu nehmen, welche die Sperre vertheidigen.

Deisterreich-Ungarn.
Pest, 18. September. Ein halbamtliches Communiqué führt aus, der Gebrauch der deutschen Sprache bei dringenden vertraulichen Angelegenheiten, welche einzelne ungarische Minister direct mit österreichischen Ministern verhandeln, entspreche der seit 1867 bestehenden Praxis. „Nemzet“ rügt in scharfer Weise, daß Oppositionsblätter deutsche Telegramme des Ministerpräsidenten an die Cabinetskanzlei betreffend die Ueberschwemmungsgefahr veröffentlichen. (W. I.)

Frankreich.
Paris, 17. September. Der Ministerpräsident Freycinet empfing heute die zu den Manövern commandirt gewesenen ausländischen Offiziere und drückte denselben seine Freude aus, sie hier versammelt zu finden, mit dem Bemerkten, er hoffe, die Herren werden ihren betreffenden Regierungen einen günstigen Bericht erstatten über die allgemeinen Sympathien, denen sie überall begegnet seien. (W. I.)

Paris, 18. September. Die Großfürsten Michael Michailowitsch und Georg Michailowitsch reisen heute Abend nach Baden-Baden ab. Herzog Alexander von Oldenburg, General-Adjutant des Kaisers von Rußland, ist hier angekommen.

Nach Meldungen aus Saint-Flour wurde der neu gewählte Deputirte Mary Raynaud gestern von der Volksmenge beschimpft und mit Steinen beworfen, so daß ihn die Gendarmerie in Sicherheit bringen mußte. Andreu, Raynauds Gegen-candidat, hat ein Manifest erlassen, in welchem er die Erwartung ausdrückt, daß das Mandat eines wegen gemeiner Verbrechen Verurtheilten nie die Gültigkeitserklärung erlangen werde.

Paris, 18. Sept. Der französische Administrator in Brazzaville, Cholet, wird Ende dieses Monats hier erwartet, um der Regierung über seine Forschungsreise am Sanga Bericht zu erstatten.

Cambrai, 18. Sept. Nach der heutigen Truppen-revue empfing Präsident Carnot den Grafen Dufremont, welcher ihn namens des Königs der Belgier begrüßte. Präsident Carnot dankte und bat den Grafen Dufremont, dem Könige den Ausdruck seines Dankes zu übermitteln. — Bei dem nach der Neuve stattgefundenen Diner trank Carnot auf das Wohl der Armee, die die Nation selber und bereit sei, die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes zu verteidigen, welchem die Wohlthaten des Friedens und ruhiger Arbeit gesichert seien. Der Kriegsminister Freycinet dankte namens der Armee, welche die Worte des Präsidenten zu weiteren Fortschritten ermutigen würden, und schloß mit einem Trinkspruch auf den Präsidenten Carnot. (W. I.)

Türkei.
Konstantinopel, 18. Septbr. Der Herzog von Leuchtenberg trifft heute mit seiner Gemahlin hier ein und wird im Palast am Bosphorus Wohnung nehmen.

Der russische Thronfolger wird am 18. Oktober hier erwartet.

Der gestern fällig gewesene Orient-Expreszug ist wegen Hochwassers nicht eingetroffen. Der Verkehr dürfte in den ersten Tagen der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. (W. I.)

Von der Marine.

* Die Corvette „Carola“ (Commandant Corneille-Capitan Valette) ist am 17. September in Danzig eingetroffen.

Wilhelmshaven, 18. Sept. Die Kreuzer-Corvette „Trene“ traf gestern auf hiesiger Rheide ein. Sie wird in den nächsten Tagen mit der Ausrüstung zur Außerdienststellung beginnen.

Am 20. Septbr.: **Danzig, 19. Sept.** M.-A. b. Tage. G.-A. 542, U. 64. M.-U. 846.
Wetterausichten für Sonnabend, 20. Septbr., auf Grund der Berichte der deutschen Gewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Schön, wolbig, theils bedeckt, vielfach heiter; theils mindig. Nebelbunt. Kalte Nacht. Im Norden stellenweise etwas Regen. Gewitter.

Für Sonntag, 21. September:
Meist heiter; veränderlich wolbig; warm, später schwül. Nachts kühl.

Für Montag, 22. September:
Meist heiter, angenehm. Im Süden mehr bedeckt; strichweise Gewitter.

Für Dienstag, 23. September:
Heiter, wolbig; starker kühler Wind. Nachts kalt. Dunst. An den Küsten stürmisch.

* [In der Oberbürgermeisterwahl-Angelegenheit] macht nun auch die „National-Zeitung“ — deren politische Haltung sie doch wohl hinlänglich vor dem Verdacht freijüngiger Beeinflussung schützt — entschiedene Front gegen den bekannten Erlaß des Danziger Bezirks-Ausschusses. — Sie schreibt an der Spitze ihrer gestrigen Abend-Nummer:

„Wir haben über die Vorgänge berichtet, welche sich anlässlich der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters in Danzig abspielten. Die dortige Stadtverordneten-Versammlung will zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Herrn v. Winter den deutsch-freijüngigen Reichstagsabgeordneten Landrath Baumbach aus Meiningen wählen. „Auf die vorschriftsmäßige Mittheilung der erfolgten Wahlentscheidung an den Bezirks-Ausschuss ist mit der Unterzeichnung des Regierungs-Präsidenten v. Heppes eine Verfügung an die Communalbehörden ergangen, worin in einem dem Selbstverwaltungs-Rörper der Stadt entgegenstehenden Sinne die Wahlentscheidung als zu hoch bemängelt wird. Die Stadtverordneten-Versammlung hat in einem einstimmigen Beschlusse dieses Verfahren zurückgewiesen. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Verfügung des Bezirks-Ausschusses nicht bloß durch Bedenken über die Festsetzung des Gehalts, sondern durch solche gegen die Wahl, Herrn Baumbach zu wählen, veranlaßt ist. Wir unsererseits lassen diese Candidatur außerhalb der Erwähnung. . . Was aber die Gehalts-Festsetzung betrifft, so müßten die sichersten Anhaltspunkte für die Ansicht vorhanden sein, daß unrichtig verfahren worden, wenn Bezirksauschuss oder Regierungspräsident den Communalbehörden einer großen Stadt hereinbringen wollen. Als vor 28 Jahren Herr v. Winter in Danzig gewählt wurde, erhielt er 12 000 Mk. Gehalt, welches später auf 18 000 Mk. stieg; jetzt hat man Baumbach auf 15 000 Mk. festgesetzt, ein Unterschied gegen das Jahr 1862, der durch die seitdem eingetretene Veränderung aller Lebensverhältnisse ohne Weiteres gerechtfertigt erscheint. Allerdings hat der Bezirksauschuss die Gehaltsfestsetzung zu „genehmigen“, er kann sie also auch anfechten; aber im vorliegenden Falle lag kein Grund dazu vor, wie der einstimmige, auch von den nicht zur deutsch-freijüngigen Partei gehörigen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung mit erhobener Protest bewies. (Unseres Erachtens nicht minder die gleich einmüthigen Beschlüsse des Danziger Magistrats, unter dessen Mitgliedern, so weit die politische Anschauung derselben überhaupt bekannt ist, sowohl die nationalliberale Partei recht anscheinlich wie auch die conservative Partei vertreten ist. D. Red.) Herr v. Heppe, welcher das Rescript an die Danziger Communal-Verwaltung entweder allein erlassen oder doch jedenfalls bewirkt hat, ist in Berlin aus seiner Thätigkeit beim hiesigen (Berliner) Polizei-Präsidium durch die Conflicte bekannt, welche er mit den hiesigen städtischen Behörden hatte. Als er dann von Herrn v. Puttkamer nach Danzig versetzt wurde, hieß es in den über solche Dinge wohlunterrichteten Kreisen, seine Vermordung dabeihabe zu den Dingen gehört, durch welche der damalige Oberpräsident von Westpreußen, Herr v. Grunow, der auf das System Puttkamer nicht bereitwillig genug einging, zum Rücktritt veranlaßt wurde. Wie es sich auch damit verhalten mag; sicher ist, daß Hr. v. Heppe zu den Beamten aus der Puttkamer'schen Schule zählt, welche sich gegenüber der Selbstverwaltung durch Ueberhebung kennzeichnete. Es giebt ein sehr einfaches Mittel, für die Zukunft die weitere Geltendmachung dieses Stills zu verhindern, die nur dem Radicalismus Wasser auf die Mühle führt: wenn nämlich bei der Befehlung der höheren Verwaltungsposten gezeigt wird, daß nicht mehr die „conservative“ Parteilichkeit im Sinne der Puttkamer'schen Aera die Voraussetzung der Ernennung zum Regierungs- oder Oberpräsidenten ist.“

Auch die „Doff. Ztg.“ fügt ihren gestern erwähnten Bemerkungen heute einen Cestartikel hinzu, dessen Ausführungen wir nur folgende Sätze entnehmen:
„Selbst conservative Blätter haben neuerlich entschieden Einspruch gegen die Bevormundung der Selbstverwaltung bei der Wahl von Beamten erhoben, welche die Interessen der Bürgerganz wahrnehmen sollen. Man hat es als eine ganz ungerathene Bekundung von Mißtrauen gegen die Einsicht und die Unbefangenheit der Bürgervertretung bezeichnet, wenn Personen, auf welche sich ihre Wahl lenkte, ohne die zwingendsten Gründe zurückgewiesen wurden. Daß aber sogar das für Selbstverwaltungsgedanken ausgeworfene Gehalt mit so wichtigen Gründen oberrheiltlich beauftragt wurde, wie es dieser Tage in Danzig geschehen ist, ist vielleicht ohne Beispiel, seit die Städteordnung erlassen ist. Ein Ober-Bürgermeister, der vor 28 Jahren, da der Geldwerth ein anderer war als heute, mit 12 000 Mk. Gehalt besetzt wurde und zuletzt 18 000 Mk. Gehalt bezog, tritt in den Ruhestand. Die Stadtverordneten haben, ehe sie die Neuwahl treffen, das Gehalt des Nachfolgers festzusetzen. Die Gehälter der Beamten in Staat und Reich haben sich im letzten Vierteljahrhundert fast durchgängig wesentlich erhöht, die Einwohnerzahl der Stadt ist bedeutend gewachsen; die Summe der Gehälter, welche dem Leiter der Gemeinde obliegen, hat sich vermehrt. Ist es unbillig, daß dem neuen Bürgermeister ein Gehalt bewilligt wird, welches ebenso weit das Anfangsgehalt des Vorgängers übersteigt, wie es hinter dessen letztem Gehalt zurückbleibt? Der Bezirksauschuss hat gemeint, diese Gehaltsbemessung beanstanden zu sollen. . . Die Befolgung erscheint ihm zu hoch, weil man dem zurückgetretenen Oberbürgermeister noch das Ruhegehalt zu zahlen habe. Aber seit wann ist es Sitte, etwa in der Staatsverwaltung das Gehalt eines Ministers von der Rücksicht auf die Pension seines Vorgängers abhängig zu machen? Wenn wir richtig zählen, giebt es in Preußen jetzt drei pensionirte Finanzminister, die Herren Camphausen, Hohenzollern und v. Scholz. Ist darum das Gehalt des Herrn Dr. Miquel auch nur um eine Mark gekürzt worden? . . . Seit wann wird das Gehalt eines Oberbeamten nach dem des Subalternbeamten bemessen? Ist das Gehalt eines Ministers oder Regierungspräsidenten von dem Gehalt eines Actuarius oder Kammerlinges abhängig? . . . Der einzige Rothanker, der dem Bezirksauschuss geblieben ist, ist sein Hinweis auf Posen. Aber ist den Herrn v. Heppe u. Gen. nicht bekannt, daß Posen 68318 Einwohner hat, während Danzig deren 114 805 zählt? Kann es eine schärfere Verurtheilung des Einspruches des Bezirksauschusses geben, als daß der Bürgermeister in Posen 10 500 Mk., der in Stettin 15 000 (16 500 Mk.), wie gestern schon von uns berichtet, D. Red.), der in Königsberg 15 900, der in Magdeburg 18 000 Mk. Gehalt bezieht, während für Danzig 15 000 Mk. „zu hoch“ sein sollen, obwohl der Bezirksauschuss ausdrücklich erklärt, daß jene Orte „zu einem Vergleich herangezogen werden können“? Der Bezirksauschuss verlangt schließlich noch eine Erörterung der Frage, ob sich nicht „bei erheblich geringerem Gehalt, etwa bei öffentlicher Aufforderung zur Bewerbung, eine geeignete Persönlichkeit ermitteln lasse“. Ueber diese Frage zu entscheiden, ist nach der Städteordnung einzig und allein die Stadtverordnetenversammlung befugt. Ob sie ihre Oberbürgermeisterstelle im Wege der Submission an den Mindestfordernden vergeben werde, ist so lange zu bezweifeln, als nicht auf demselben Wege geeignete Persönlichkeiten für Ministerstellen gesucht werden. . . In welchem Lichte erscheint angesichts aller dieser Thatfachen das Vorgehen des Bezirksauschusses?“

Die wir hören, hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung die Beantwortung des Schreibens des Bezirks-Ausschusses vom 6. September festgestellt und dabei, so weit verläutet, einstimmig den von der Stadtverordneten-Versammlung eingenommenen Standpunkt auch zu dem feigen gemacht.

* [Nicht-Berholung des Schwimmbades.] Ein getreuer Umfände halber kann das Schwimmbad der hies. Werft morgen Vormittag nicht verkehrt werden (siehe die bezüglich Mittheilung in Nr. 18 503). Der neue Termin wird rechtzeitig mitgeteilt werden.

* [Uebertretung von Erfahreroffen zum Landsturm.] Diejenigen Erfahreroffen, welche im Jahre 1885 (Jahresklasse 1883) oder früher der Erfahreroffen überwiegen worden sind und bisher nicht geübt haben, haben sich, wie das hiesige hgl. Bezirks-Commando mittheilen uns erucht, mit ihren Militärpässen behufs Ueberführung zum Landsturm L. Aufgebot in der Zeit vom 1.—15. Oktober beim Bezirksfeldwebel der 3. Abtheilung hier selbst zu melden.

* [Verlegung.] Der Eisenbahn-Stationsvorsteher 1. Klasse Dims in Berlin ist auf die Station Danzig (Hohelhorbahn) versetzt worden.

* [Jagd.] Der Danziger Reiter-Verein beginnt am Sonnabend den 20. d. Mts. die diesjährige Jagd-Saison. Sammelort 1½ Uhr an der Brauerei auf dem großen Exercierplatz.

* [Probalectionen.] Behufs Befehlung vacanter Lehrstellen an den hiesigen städtischen Volksschulen ist von der Schuldeputation behufs Abhaltung von Probalectionen ein Termin auf Sonnabend, 27. Sept., in der Andersen'sche auf dem Petri-Kirchhof anberaumt worden. Zu derselben sind eingeladen: die Lehrer Carl Wetz aus Dirschau, Bernhard Kreutner aus Groß-Parben, Kreis Allenstein, Paul Sägig aus Ohra und Franz Helwig aus Rogenhausen, Kreis Graudenz.

* [Beihilfen für Fischer.] Die Section für Rüst- und Hochseiferei hat beschlossen, denjenigen Fischern, welche zum Auf- und Abbringen ihrer Boote die an der hiesigen Rüste gebräuchlichen Rollen auf Unterlagen in Anwendung bringen wollen, Beihilfe zur Anschaffung solcher Vorrichtungen da zu gewähren, wo es sich um größere, für den Gebrauch vom offenen Strande aus eingerichtete Fahrzeuge handelt. Den an die Section zu richtenden Gesuchen sind Angaben über die Größenverhältnisse des Fahrzeuges und Bauart des Bodens beizufügen.

* [Die Gewerbe- und Handelsschule für Frauen und Mädchen.] Zu Danzig wird ihr Schuljahr, wie üblich, mit einer Ausstellung im Festsale des Stadtmuseums abschließen, welche Sonntag (21. Septbr.), Mittags 12 Uhr, eröffnet wird und bis 25. September dauert. Ueber die Thätigkeit der Anstalt im ablaufenden 10. Schuljahr entnehmen wir dem soeben erschienenen Bericht des Curatoriums Folgendes: Die Schule wurde am 14. Oktober v. J. mit 52 Schülerinnen eröffnet. In den von der königl. Prüfungs-Commission abgehaltenen Handarbeitslehrerinnen-Prüfungen erwarben 8 in der Anstalt vorbereitete Examinandinnen die Befähigung für den Handarbeitsunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen. „Auch in diesem Jahre wurden uns erfreuliche Beweise von Interesse für unser Institut zu Theil, deren wir hier dankbar und erfreut erwähnen. So wurde der Anstalt durch Herrn Julius Womber der Auftrag erteilt, die Stickerei des großen, reich verzierten Monogramms und der Medaillons in dem Tischluch, welches dem „Daniger Klubclub Victoria“ von den Damen seiner Mitglieder zum jährigen Besuche gewidmet wurde, ausführen zu lassen. Wir gegen die Hoffnung, daß sich derartige Aufträge mit der Zeit öfter finden werden, so das Institut auch die Möglichkeit erhalte, seine früheren Schülerinnen häufig ersprießliche Arbeit zu vermitteln.“

— Zur Erweiterung des Unterrichtsplanes ist die Einführung von stenographischen Curfen beschlossen, welche mit dem kommenden Schuljahre ihren Anfang nehmen sollen. Die einzige Beihilfe, welche der Schule bisher zu Theil wurde, besteht in Gewährung freier Schul-lokals seitens des Magistrats. Während des ganzen Zeitraums vom October 1880 bis jetzt besuchten 631 Schülerinnen diese Gewerbe- und Handelsschule, von welchen 112 dem Institute länger als ein Jahr angehörten. Halb freier Unterricht wurde während dieser Zeit 64 Schülerinnen gewährt. Seit der ersten Prüfung von in dem Institut vorbereiteten Handarbeitslehrerinnen zu Ostern 1883 sind 61 Examinandinnen dort vorbereitet worden und haben das Examen bestanden. Von diesen unterrichten an Schulen 21, Privatunterricht erteilen 5, Stellen als Gesellschaftsrinnen haben 3 angenommen, verheirathet sind 3. Von den anderen Schülerinnen sind 42 in fremden Geschäften thätig, 16 im Geschäft der Eltern oder des Mannes, 9 haben ein eigenes Geschäft resp. eine selbstständige Arbeitsstube gegründet. Sticken haben zu ihrem Erwerbsmittel gemacht 4, Zeichnen und Malen 15 (von diesen ist eine in einem technischen Bureau beschäftigt). Das Selbstverwaltungs-Gesamte haben 4 in der Anstalt vorbereitete Schülerinnen in Berlin mit Erfolg bestanden, nachdem sie sich nur einjährigem Studium auf dem Zeichenlehrer-Seminar der königl. Kunstschule dabeihabe gewidmet hatten. Von diesen unterrichten 2 an Schulen, 2 ehemalige Schülerinnen haben sich der Krankenpflege gewidmet, 72 sind verheirathet.

* [Schülerstreik.] In den beiden Dirschauer Blättern wird heute Folgendes erzählt: „Einem Gymnasialschüler in Danzig stand eine schlechte Censur in Aussicht, doch er wußte sich zu helfen. Er fertigte ein Manuscript zu einem Zeugnisformular an und bestellte beim Buchdrucker auf Grund einer gefälschten Ordre des Gymnasialdirectors noch 15 Stück Zeugnisformulare, die er in drei Tagen abholen wollte; ob Bruder Studio sich die 14 anderen auf Lager nehmen wollte für künftige Gesteuerabschlüsse, wußt man noch nicht. Fatal war es aber, daß der Buchdrucker tags darauf die Correctur zum Director sandte, der nun alles aufbot, dem fremdbildigen Besteller der Zeugnisformulare auf die Spur zu kommen. Am dritten Tage fand sich denn auch pünktlich in der Druckerel ein Dienstmann ein, der gewissenlos genug war, seinen Auftraggeber zu verrathen. Da die Eltern des hoffungsreichen Jünglings harmlose Candente sind, so wäre der Streich wahrscheinlich gelungen, wenn der Buchdrucker nicht ein so wenig geheimer Aelr gewesen wäre.“ (Für die Wahrheit der Erzählung mögen die Erzähler einstehen.)

* [Polizeibericht vom 19. Sept.] Verhaftet: 8 Personen, darunter 1 Seefahrer wegen Diebstahls, ein Arbeiter wegen thätlichen Angriffs, 6 Obdachlose. — Gestohlen: 1 Kopfkissen, 7 Gläser mit Pflaumen, zwei Flaschen Blaubeeren, 4 Gläser Sirchen, 1 Handbeil. — Gefunden: 1 Messer, 1 Scheere auf dem Kohlenmarkt, 1 bunte Schürze auf der Promenade, 1 Militärpäck; abgehoben von der hgl. Polizei-Direction. — Verloren: ein dem Wege von Jätkenthal nach Danzig ein Portemonnaie mit Inhalt; gegen Belohnung von 30 Mk. abzugeben auf der hgl. Polizei-Direction.

n. **Bohnack, 19. Sept.** Gestern Nachmittag wurden hier zwei Pferde an einem Gefährt des Besitzers D. aus Stuthof scheu und gingen durch. Sie gerieten schließlich in einen nahe der Chaussee befindlichen Bruch, in welchem sie ertranken.

k. **Sopot, 19. Sept.** Troß des prächtigen Herbstwetters, dessen wir uns jetzt erfreuen, hat sich unser Baboort nach Schluß der Saison diesmal verhältnismäßig schnell entleert; nur eine Anzahl Danziger Familien und ein kleines Häuflein Fremder ist noch hier anwesend, um das milde Scheiden des Sommers mitzufeiern. Inzwischen wird, ermutigt durch die Erfolge der verfloffenen, schon eifrig für die neue Saison durch zahlreiche Häuser-Neubauten gerüstet. Es ist das um so begreiflicher, als die Frequenz trotz der Wetterumst der ersten Sommerhälfte einen ansehnlichen Fortschritt gemacht hat. Der gestern erfolgte Abschluß der Babeliste ergibt nämlich als „Bade Gäste“ 2737 Familien mit 6496 Personen, während das Schlussgeheim des 1889er Sommers nur 2614 Familien mit 6147 Personen war. Plus gegen 1889 also rund 350 Personen, gegen 1888 rund 1220 Personen. — Die am Sonntag Morgen hier von der See angepöhlte Leiche des jungen Kaufmanns M. aus Danzig wurde gestern hier gerichtsärztlich fecit, da Gerichte umgehen, welche von einer gewaltigen Tobesart des M. wissen wollen. Ob und welche Anhaltspunkte dafür die Section ergeben hat, ist noch nicht bekannt.

Aus dem Kreise Stuhm, 17. Sept. Ein Familien-drama spielte sich, wie dem „Gef.“ gemeldet wird, am Montag Abend in Kalwe ab. Der Gattinrich Mielhe war in Folge sehr unglücklicher Speculationen in seinem Geschäft mit seiner Frau und seinen Kindern in Streit gerathen und mißhandelte dieselben unmenfchlich. Auf das Jammern der Frau und Kinder erschienen einige Nachbarn, um sich der Mißhandlungen, welche im Hüt am Boden lagen, anzunehmen. Plötzlich riß Mielhe sein an der Wand hängendes doppeläufiges Gewehr herab und feuerte, ehe jemand ihn daran hindern konnte, beide Schüsse auf die Anwesenden ab. Ein Schuß traf einen Arbeiter am Kopf, glücklicherweise aber nur leicht, durch den zweiten Schuß wurde ein Knicht schwer am Oberschenkel verwundet. Einem dritten Mann schlug B. mit voller Kraft mit dem Gewehrschlag über den Kopf, so daß der Mann lebensgefährlich verletzt wurde. Der herbeigeeilte Gendarm konnte den Rasenden nur mit Mühe überwältigen und verhaften.

* Dem Oberförster a. D. Wendroth zu Schneidemühl, bisher zu Alt-Christburg im Kreise Moryungen, ist der Kronen-Orden 3. Klasse verliehen worden.

n. **Thorn, 18. Sept.** Heute Nachmittag fand auf dem altstädtischen Kirchhofe eine Feier zur Einweihung des (in der „Danz. Ztg.“ schon vor ca. 14 Tagen beschriebenen) Denkmals für den verstorbenen Oberbürgermeister Wiffelink statt, welches ihm Mitbürger und Freunde gestiftet haben. Am Grabe waren die Wittve und Kinder des Verstorbenen, die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung u. a. m. erschienen. Nach einem Gesänge der Liedertafel hielt Herr Pfarrer Stadomitz eine kurze Ansprache, der er das Wort der Schrift „Die Liebe hört nimmer auf“ zu Grunde legte. Der Männerchor „Unter allen Wipfeln ist Ruh“ und ein Gebet beendete die erste Feier, der ein zahlreiches Publikum beizumohnte.

Königsberg, 18. Sept. Der Kaufmann und Bernsteinwaarenfabrikant Bernhard Liebtke hieselbst hatte den Geh. Commerzienrath Becker (Firma Stantien und Becker) wegen „grober Beleidigung und Verbreitung wissentlich falscher Thatfachen“ beim Schöffengericht verklagt. Der Verklagte soll im Jahre 1888 in Wien zu Anderen, unter diesen auch zu dem Strampächter und Bernsteinwaarenfabrikanten Wessphal aus Stolp in Pommern die Aeußerung gemacht haben, daß Liebtke gestohlen und bestraft worden sei, anhaue und denselben in den Handel bringe, wie auch daß Liebtke Gekler sei. Nun habe er Liebtke endlich fest und der Staatsanwalt werde ihn schon abspafen! Wie der Vertreter des Klägers ausführte, hat Liebtke nachweislich von Stantien und Becker im Jahre 1884 noch für 30 000 Mk. Rohbernstein, 1885 für 56 000 Mk. und alljährlich bis zum Jahre 1888 noch für 10 000 Mark gekauft. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Strafe von 800 Mk. (der höchsten Geldstrafe für Beleidigung) und zu den Kosten des Prozesses.

Braunsberg, 18. Sept. In der vergangenen Woche wurde auf einer Damengesellschaft u. a. Auffchnitt, bestehend in rohem und abgekochtem Schinken, Rauch- und Zungenwurst vorgelegt. Schon am nächsten Tage erkrankte eine Dame, welche von diesem Auffchnitt gegessen hatte, sehr bedenklich. Der hiesige Hofarzt hat nunmehr Erkrankung an Trichinose festgestellt.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, 18. Sept. Lieutenant z. E. Graf Alexander vonis, welcher bekanntlich am 17. Juli gelegentlich des Uebungsschießens der Artillerie-Schießschule durch eine plakende Granate an beiden Beinen schwer verwundet wurde, ist jetzt so weit wieder hergestellt, daß der Gypsverband des rechten Beines abgenommen werden konnte. Das Allgemeinbefinden des Kranken ist bei dessen kräftiger Constitution ein recht zufriedenstellendes. Ob derselbe je wieder in den ungeschmälerten Gebrauch seiner Beine gelangen wird, erscheint nach Ansicht der behandelnden Aerzte auch heute noch zweifelhaft.

* [Zur Angelegenheit des Grafen Alst von Loh.] wird der „Z. R.“ gemeldet: Der Zustand des von dem Grafen mißhandelten Wirtches Albers hat sich derart verschlimmert, daß, wie der behandelnde Arzt unserem Gewährsmann erklärte, eine Amputation des rechten Armes, wie auch eine solche des rechten Fußes nicht zu umgehen sein wird.

* [Zur Lustspiel-Concurrenz des Wiener Volks-Theaters.] sind dem „B. B.-C.“ zufolge 262 Stühle eingelaufen. Die Entscheidung erfolgt am 15. November.

* [Die kleine Stadt der Welt.] In der Grafschaft Cumberland ist eine „Stadt“ neuerdings zur Kenntniss gekommen, die den Namen Skiddaw trägt, nur aus einem einzigen, aus alten Tagen übriggebliebenen Hause besteht, dessen einziger Bewohner ein Hirt und „Waldbäuer“, obwohl von dem ehemaligen Walde nur ein einziger Baum übrig. Die Stadt gehört Lord Leconfield. Der einzige Stadtbewohner bestand auf sein Recht, bei der Parlamentswahl im Namen der „Stadt Skiddaw“ sein Wort abzugeben, aber er erhielt den Bescheid, daß dies unthunlich, weil dort kein Stimmencollector existire und keine Kirche, um sein Wort vorchriftsmäßig anzunehmen. Der einfache Stadtbürger bewirbt sich jetzt um die Stelle eines Stimmencollectors „für sich selber“.

* [Eheliches Leben in China.] In einer Zuschrift an den in Amsterdam erscheinenden „Indischen Merkur“ aus China werden einige Fälle mitgeteilt, welche ein merkwürdiges Licht auf das dortige Ehelieben werfen. Nach der Lehre des Confucius hat die Frau überhaupt keine Rechte, welche der Mann zu achten hat, und das Loos der verheiratheten Frauen ist denn auch das denkbar traurigste. Dies geht schon daraus hervor, daß der Widerwille gegen die Ehe unter jungen Mädchen zu besonders organisirten Vereinen derselben führt; die Mitglieder verpflichten sich unter Eid, niemals zu heirathen. In der Provinz Canton bestehen verschiedene solcher „Schwefelgesellschaften“, von denen jede aus etwa zehn Mädchen besteht, und welche verschiedene Namen, wie „die ganz Reinen“, die „Ehe-losen“, „die Männerfeinde“ u. s. w., tragen. Ein neuerdings vorgekommener Fall hat selbst die Aufmerksamkeit der chinesischen Behörden erregt, ohne daß dieselben jedoch im Stande wären, irgendwelche Gegenmaßregeln zu ergreifen. Ein solcher Schwefelgesellschaft angehöriges Mädchen war von ihren Eltern gezwungen worden, zu heirathen, nachdem sie als kleines Kind schon verlobt war. Ihre neun Mit-schwefelstern waren bereit, mit ihr zu sterben, wenn sie fest entschlossen wäre, ihr Gelübde zu halten. Der Versuch, sich durch das Verschlucken eines gelben Ringes zu tödten, mißlang, und sie wurde endlich in das Haus ihres Bräutigams gebracht, das sie aber der bestehenden Sitte gemäß nach zwei Tagen wieder verlassen durfte, um zu ihren Eltern zurückzukehren. Hier gelang es ihr, zu ihren Schwefelstern zu fliehen, welche mit ihr in den Drachenflügel sprangen, in dessen Stromschnellen sie jämmtlich umkamen.

Kreuznach, 17. September. [Mord.] Heute Abend erschof ein hiesiger Schußmacher ein Dienstmädchen beim Wasserholen auf der Wassertreppe am Stusse durch drei Revolverkugeln. Das Opfer fiel ins Wasser. Der Mörder stürzte sich in die Nähe, wurde jedoch herausgezogen und wiederbelebt. Der Beweggrund der That soll Eifersucht gewesen sein.

* **Schwefelinfur, 17. Septbr.** Das in den Tagen vom 18. bis 20. Oktober d. J. hier stattfindende allgemeine Rückert-Fest anlässlich der Enthüllung des Rückert-Denkmalis liefert den erfreulichsten Beweis von der Achtung, welche die deutsche Literatur in allen Kreisen genießt. Sogar über die Grenzen des politischen Deutschlands hinaus erstreckt sich die Ehrung des großen Dichters. So hat die Naaschöpfung der Niederländische Letterkunde in Leyden bereits jetzt das Comité davon benachrichtigt, daß sie einen Vertreter absenden wird, der persönlich am Feste namens der bekannten wissenschaftlichen Gesellschaft theilnimmt.

* **Christiania, 18. September.** Die fast unglaubliche Meldung norwegischer Zeitungen, daß in den Fjorden (nördliches Norwegen) etwa 1000 Waldfische gefangen wurden, bestätigt sich. In der Nacht zum 4. d. Mts. wurde bei Solvaer von einigen Jäten ein Haufen Waldfische gegen das Land getrieben, worauf die Fische

franz.	164,10	60	französische Banknoten . . .	80,10
öster.	78,25	5 1/2	österreichische Banknoten .	182,25
rußl.	92,50	3 1/3	rußische Banknoten	264,25

